

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

60. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. November 1999, 14.00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Günter Fleskes (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Jost de Jager (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:**Seite****1. Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2441

(überwiesen am 14. Oktober 1999 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialaus-
schuss zur abschließenden Beratung)

2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1479

(überwiesen am 10. Juni 1998)

hierzu: Niederschrift über die 38. Sitzung

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1535

(überwiesen am 2. Juli 1998)

hierzu: Umdruck 14/2329

**c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes
(Strukturreform-Novelle)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2121

(überwiesen am 6. Mai 1999)

hierzu: Niederschriften über die 52. und 53. Sitzung

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdrucke 14/3937, 14/3995, 14/4008

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Umdruck 14/3919

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Umdruck 14/3925

Schreiben der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Umdruck 14/4009

Schreiben der Fachhochschule Lübeck
Umdruck 14/4015

Schreiben des Bildungsministeriums in Sachen Hochschulhaushalte und Zielvereinbarungen
Umdruck 14/3985

3. Lehrerbedarfsprognose des Bildungsministeriums für den Zeitraum 2000 bis 2005 für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen

Tischvorlage des Bildungsministeriums
Umdruck 14/4019

(vgl. 57. Sitzung am 23. September 1999 und 59. Sitzung am 7. Oktober 1999)

4. Bericht des Bildungsministeriums über die Situation des Sportinstituts der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg

hierzu: Kleine Anfrage der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/2313

5. Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der 287. Kultusministerkonferenz vom 21./22. Oktober 1999 in Husum

6. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Antrag von Abg. de Jager, die Tagesordnungspunkte 2 und 5 in Anwesenheit der Ministerin in der nächsten Sitzung zu behandeln, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Tätigkeit von Sekten in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2441

(überwiesen am 14. Oktober 1999 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf Fragen der Abgeordneten Röper, Fröhlich und Dr. Klug führt der Sektenbeauftragte der Landesregierung, Herr Knothe, aus, er habe die Arbeit des früheren Sektenbeauftragten, Dr. Hans-Peter Bartels, der Einzelne, insbesondere die Schulen, informiert habe, aus Gründen der Arbeitsökonomie und Effektivität größtenteils auf die Schulung von Multiplikatoren umgestellt (so genannte Kieler Gespräche zu Themen wie Millenium-Endzeit-Hysterie oder Strukturvertriebe). Insgesamt lasse sich feststellen, dass die Tätigkeiten von Sekten und sektenähnlichen Vereinigungen in Norddeutschland nicht annähernd mit denen südlich der Mainlinie vergleichbar seien, mit Ausnahme von Hamburg, wo Scientology massiv auftrete; in Schleswig-Holstein, wo Scientology nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werde, seien jedoch keine stärkeren Bewegungen von Scientology festzustellen. Die Zusammenarbeit der schleswig-holsteinischen Informations- und Dokumentationsstelle mit Hamburg sei eng und gehe über die institutionelle Zusammenarbeit in den Bund-Länder-Arbeitsgruppen hinaus.

Herr Knothe teilt weiter mit, von Narconon würden derzeit fünf Personen unter 18 Jahren behandelt. Die Hamburger Schülerinnen und Schüler in der scientologischen Privatschule im dänischen Bjerndrup seien auf Druck der hamburgischen Schulverwaltung inzwischen an Hamburger Schulen eingeschult worden; über die Beschulung schleswig-holsteinischer Kinder an der scientologischen Schule könne er derzeit nichts sagen. Über die weitere Entwicklung der

Schule, die in Dänemark keine allgemeine Berechtigung zur Ausbildung habe, werde man seitens der dänischen Behörden auf dem Laufenden gehalten. Die Aktivitäten des Bruno-Gröning-Freundeskreises seien in Schleswig-Holstein weniger geworden. Der Abschlussbericht der vom Bundestag eingesetzten Enquetekommission „So genannte Sekten und Psychogruppen“ werde jetzt erstmals Gegenstand der parlamentarischen Beratung sein, bei der auch eine gesetzliche Regelung auf dem Gebiet der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe Aussicht auf Erfolg haben könne.

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1479

(überwiesen am 10. Juni 1998)

hierzu: Niederschrift über die 38. Sitzung

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1535

(überwiesen am 2. Juli 1998)

hierzu: Umdruck 14/2329

**c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes
(Strukturreform-Novelle)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2121

(überwiesen am 6. Mai 1999)

hierzu: Niederschriften über die 52. und 53. Sitzung

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umdrucke 14/3937, 14/3995, 14/4008

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Umdruck 14/3919

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Umdruck 14/3925

Schreiben der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Umdruck 14/4009

Schreiben der Fachhochschule Lübeck
Umdruck 14/4015

Schreiben des Bildungsministeriums in Sachen Hochschulhaushalte und Zielvereinbarungen
Umdruck 14/3985

Abg. Weber bringt die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, die Ergebnis der Anhörungen seien, ein, Umdrucke 14/3937, 14/3995 und 14/4008.

Abg. de Jager erklärt, die CDU werde den Gesetzentwurf der Landesregierung ablehnen, weil man die gesamte Systematik und Zielrichtung der Novelle nicht teile, die bedauerlicherweise die Freiräume des HRG nicht nutze und nicht zu einer echten Stärkung der Eigenverantwortung der Hochschulen führe. Die Empörung des Rektorats der CAU, Umdruck 14/4009, könne er nachvollziehen, weil die Koalitionsfraktionen gravierende zusätzliche Änderungen am Hochschulgesetz vornähmen, über die mit den Hochschulen in der Anhörung nicht gesprochen worden sei (zum Beispiel neuer § 50 a, Möglichkeit der Abwahl des Rektorats).

Abg. Fröhlich vermisst konkrete, konstruktive Alternativvorschläge der Opposition und hebt hervor, dass alle an der Hochschule beteiligten Gruppen Verantwortung tragen sollten und eben nicht nur die Professoren (vgl. die das Rektorat betreffenden Änderungen). Zum Änderungsantrag des SSW führt sie aus: Die Koalitionsfraktionen zögen ihren § 1 betreffenden Änderungsantrag Nummer 1, Umdruck 14/3937, zurück; die Änderungen betreffend § 23 trage man nicht mit, um einer Dienstrechtsreform auf Bundesebene nicht vorzugreifen; den Antrag betreffend § 24 - Zeit für die Arbeit in Kollegialorganen - halte man für eine Überregulierung. Im Übrigen kündigt die Abgeordnete zur zweiten Lesung einen Entschließungsantrag zum Thema Zielvereinbarungen an.

Abg. Dr. Klug hält den Gesetzentwurf insgesamt für verfassungsrechtlich bedenklich (Drittelparität des Konsistoriums), für unausgegoren (die intendierte Stärkung des Rektorats werde durch die Abwahlmöglichkeit konterkariert) und für derzeit nicht umsetzbar (Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung). Außerdem würden die Möglichkeiten der Deregulierung bei weitem nicht ausgeschöpft, sondern neue Regulierungen eingeführt, über die sich beispielsweise das Rektorat der CAU zu Recht beklage (Umdruck 14/4009). Der Abgeordnete plädiert dafür, die Anpassung des Hochschulgesetzes an das Hochschulrahmengesetz zu Beginn der nächsten Legislaturperiode ohne Zeitdruck vorzunehmen.

Abg. Spoorendonk setzt sich für ihren Änderungsantrag ein, in § 1 den Namen „Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Universität“ durch „Universität Flensburg“ zu ersetzen (Umdruck 14/3925).

St Dr. Stegner weist darauf hin, dass sich Schleswig-Holstein bei der Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes von anderen Bundesländern kaum oder nur unwesentlich unterscheidet (zum Beispiel auch nicht vom CDU/F.D.P.-regierten Baden-Württemberg). Was § 1 angeht, sollte die Entscheidung über den Namen der Hochschule in Flensburg - „Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Universität“ oder, wie vom SSW beantragt, „Universität Flensburg“ - am Ende eines Prozesses getroffen und der Arbeit der von der Landesregierung berufenen Expertenkommission zur Perspektive des Hochschulstandortes Flensburg nicht vorgegriffen werden.

Abg. Weber bemerkt, dass die CDU nur in Sachen Mitwirkungsrechte nichtprofessoraler Gruppen und Beamtenstatus für Hochschullehrer anderer Auffassung sei. Den verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen hinsichtlich professoraler Mehrheiten sehe man gelassen entgegen.

Abg. Röper fragt die Landesregierung nach ihrer Bewertung der Strukturüberlegungen und Entwicklungsplanungen der BU Flensburg.

St Dr. Stegner weist auf die Notwendigkeit einer Dienstrechtsreform für Hochschullehrer hin. Die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen könnten erst nach Verabschiedung des Hochschulgesetzes und des Haushaltes abgeschlossen werden. Zur Struktur- und Entwicklungsplanung der Flensburger Hochschule sei man in intensiven Arbeitsgesprächen und wolle die Ergebnisse der von der Landesregierung eingesetzten Expertenkommission abwarten.

Abg. Dr. Klug befürchtet weitere massive Einschnitte in die Hochschulhaushalte, kritisiert, dass die Landesregierung im Prozess der Beratungen über Haushalt und Zielvereinbarungen gegenüber der Opposition mit verdeckten Karten spiele, und möchte wissen, ob Haushaltsexperten des Bildungsministeriums gegenüber der CAU eine Unterfinanzierung der Kieler Universität von gut 10 Millionen DM bestätigt hätten.

St Dr. Stegner weist die Vorwürfe von Abg. Dr. Klug zurück und macht darauf aufmerksam, dass sich die wesentlichen Inhalte der Zielvereinbarungen in den Haushaltserläuterungen wiederfinden und die Hochschulen die Globalisierung ihrer Haushalte ausdrücklich begrüßten. Auf eine nochmalige Frage von Abg. Röper zur Weiterentwicklung der Bildungswissenschaftlichen Hochschule in Flensburg versichert er, es sei das normale Prozedere zwischen Landesregierung und BU, dass die Betroffenen und Verantwortlichen der Hochschule in die Diskussion über die Weiterentwicklung der Hochschule eingebunden würden.

Nach Einschätzung von Abg. de Jager stehen die „Verhandlungen“ zwischen Landesregierung und Universitäten über die Zielvereinbarungen angesichts der von der Landesregierung eingeräumten Höhe des Zuschusses vor dem Scheitern.

St Dr. Stegner widerspricht dieser Einschätzung und weist noch einmal darauf hin, dass die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen erst nach Verabschiedung des Hochschulgesetzes und des Haushalts abgeschlossen werden könnten und dabei nicht nur die Höhe des Landeszuschusses eine Rolle spiele, sondern inhaltliche Fragen im Vordergrund stünden.

Einstimmig werden die Gesetzentwürfe Drucksachen 14/1479 und 14/1535 für erledigt erklärt.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. werden die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, Umdrucke 14/3937 (ohne Nummer 1), 14/3995 und 14/4008, angenommen sowie der Änderungsantrag der CDU, Umdruck 14/3919, abgelehnt. Der Änderungsantrag des SSW, Umdruck 14/3925, wird einstimmig abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/2121, wird mit den beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Lehrerbedarfsprognose des Bildungsministeriums für den Zeitraum 2000 bis 2005 für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen

Tischvorlage des Bildungsministeriums
Umdruck 14/4019

(vgl. 57. Sitzung am 23. September 1999 und 59. Sitzung am 7. Oktober 1999)

St Dr. Stegner trägt die Lehrerbedarfsprognose des Bildungsministeriums vor, die die Ministerin in der gemeinsamen Sitzung von Finanz- und Bildungsausschuss am 7. Oktober 1999 aus Zeitgründen bedauerlicherweise nicht habe vortragen können. Er stellt klar, dass die Landesregierung die Größe „Unterrichtsstunden pro Klasse“ nicht zu Lasten der Parameter Klassengröße, Integration, kleine Schulen, Lehrerarbeitszeit, Zugang zu weiterführenden Schulen, Elternwahlrecht, Eigenverantwortung der Schulen verändern werde.

Abg. Schröder bestärkt die Landesregierung, am Prinzip der Eigenverantwortung der Schulen festzuhalten, und begrüßt ausdrücklich, dass vorrangig die im Bundesvergleich benachteiligten Schularten Grund-, Haupt- und Lernbehindertenschulen mit den neuen Stellen bedient würden.

Abg. Dr. Klug wundert sich, dass Ministerium und Rechnungshof zu unterschiedlichen Bedarfswerten kämen.

St Dr. Stegner weist darauf hin, dass das Bildungsministerium nicht der vom Rechnungshof getroffenen klassenbezogenen Bedarfsfestsetzung folge.

Abg. Röper bittet darum, den prognostizierten Bedarf an Lehrkräften auf die einzelnen Schularten aufzuschlüsseln.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über die Situation des Sportinstituts der
Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg**

hierzu: Kleine Anfrage der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)

Drucksache 14/2313

St Dr. Stegner räumt ein, dass die personelle und räumliche Situation des Sportinstituts der BWH Flensburg gegenwärtig nicht zufriedenstellend sei. Eine weitere A-13-Stelle werde dem Fach zur Verfügung gestellt; die durch hauptamtliches Personal und Lehraufträge nicht abgedeckten Semesterwochenstunden müssten durch geeignete Zusammenlegung von Lehrveranstaltungen aufgefangen werden. Für den Bau der Sporthalle auf dem Sandberg werde derzeit ein Konzept entwickelt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der 287. Kultusministerkonferenz vom 21./22. Oktober 1999 in Husum

St Dr. Stegner nennt als Beispiel für die Öffnung von KMK-Vereinbarungen für mehr Vielfalt im Bildungswesen die gegenseitige Anerkennung von Lehramtsprüfungen und Lehramtsbefähigungen einschließlich der auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erworbenen Lehramtsbefähigungen. Der Abschlussbericht der von der KMK eingesetzten Kommission zur Reform der Lehrerbildung sei entgegengenommen worden. Eine Verkürzung des Referendariats (wie in Baden-Württemberg und Niedersachsen) werde in Schleswig-Holstein augenblicklich für nicht sinnvoll erachtet. Die Entscheidung, bis zum Jahr 2003 auf die Einführung von Studiengebühren zu verzichten, sei vertagt worden; in Schleswig-Holstein werde es für das Erststudium keine Studiengebühren geben. Im Hochschulbereich solle eine leistungsorientierte Besoldung von Hochschullehrern eingeführt werden, bestehend aus einer Grundvergütung und Zulagen für besondere Leistungen. Die Gespräche über die Reform der Juristenausbildung seien keineswegs abgeschlossen; der Bildungsausschuss werde über die weitere Entwicklung der Reformüberlegungen informiert werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage von Abg. Röper zur neuen **Landesverordnung für die Erste Staatsprüfung von Grund- und Hauptschullehrkräften** räumt St Dr. Stegner ein, dass die entsprechenden Studienordnungen noch nicht vorlägen und Plattdeutsch zwar obligatorischer Bestandteil des Studiums, aber nicht in die Prüfungsordnungen eingeflossen sei. Inwiefern das Erkennen und die Förderung von Hochbegabung Eingang in die Studien- beziehungsweise Prüfungsordnungen finde, werde er dem Ausschuss schriftlich mitteilen.
- b) Abg. Dr. Klug bittet um einen schriftlichen Bericht über die Bezuschussung eines Erweiterungsbauens der **Waldorfschule Lensahn**.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:45 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer